



FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,  
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

# FAUST

Newsletter des Juso-Unterbezirks Braunschweig - Mai 2014

In dieser Ausgabe  
**Alles zur Europawahl**

**Der SPD-OB-Kandidat**  
stellt sich auf Seite 4 vor.

## Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai ist Europawahl! Wir wollen daher die aktuelle FAUST-Ausgabe dazu nutzen, um Euch über die zentralen Forderungen der Jusos an eine EU-Politik zu informieren, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wir wollen Perspektiven für junge Menschen – ein Ende der Jugendarbeitslosigkeit! Wasser, Energie und Infrastruktur in öffentlicher Hand! Einheitliche Mindeststeuersätze für Unternehmen! Und wir wollen ein Europa, das in unsere Zukunft investiert und die Finanzmärkte stärker reguliert! Oder um es kurz zu machen: Der Europäischen Wirtschaftsunion muss eine Sozialunion vorangehen.

Dazu haben wir neben unserem Titelbericht, bei dem wir uns in Kurzthesen zur Humanisierung der EU-Politik positionieren auf den folgenden Seiten detailliertere Informationen zur Europawahl aufbereitet. Außerdem bezieht unser Kommentar dieses Mal kritische Stellung zur heutigen EU, um sogleich einen Ausblick auf ein neues, anderes Europa zu geben.

In Braunschweig findet am 25. Mai jedoch nicht nur die EU-Wahl, sondern auch die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters statt. Wir wollen die Gelegenheit dazu nutzen, um Euch den Kandidaten der SPD, Ulli Markurth, vorzustellen. Den Bericht dazu findet ihr auf der vierten Seite.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen!

Eure FAUST-Redaktion

## Zeit für ein anderes Europa!

### Juso-Forderungen für einen Politikwechsel in der EU

Am 25. Mai wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Unter dem Motto ‚Dein Europa wählen‘ präsentieren wir als Jusos die Themen, über die Du bei dieser Wahl mitentscheidest: Wir stellen Dir hier unsere Kernforderungen für ein soziales Europa vor:



**Integration und Migration**  
Kein Mensch ist illegal! Das ist unsere Kernbotschaft, wenn es darum geht, Menschen in die Staaten der EU einwandern zu lassen. Doch statt vielen Menschen zu helfen, die aufgrund von Krieg, Verfolgung oder Armut fliehen müssen, macht die EU die Grenzen dicht. Jeden Tag sterben daher unzählige Menschen auf hoher See. Wir fordern eine Kehrtwende in dieser unmenschlichen Politik und die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur Frontex.



**Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**  
In vielen EU-Staaten liegt die Arbeitslosenquote von jungen Menschen bei über 50%. Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die unter dieser Perspektivlosigkeit zu leiden haben. Deshalb fordern wir eine Abkehr von dem EU-Spardiktat und europaweite Investitionsprogramme. Wir wollen, dass arbeitslose Jugendliche innerhalb von vier Monaten ein gutes Angebot für eine gut bezahlte Ausbildung oder eine reguläre Beschäftigung bekommen.



#### Gesamteuropäische Wirtschaftspolitik

Wir wollen ein Ende der einseitigen Sparpolitik, die Einführung von Eurobonds, der Finanztransaktionssteuer und einheitliche Mindeststeuersätze für Unternehmen. Mit den Mehreinnahmen sollen Förderprogramme zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit um mindestens 30%, die Förderung von erneuerbaren Energien und die Ausstattung von Bildungseinrichtungen verbessert werden.



#### Daseinsvorsorge

Wasser, Strom und andere Energiekosten müssen für die Menschen bezahlbar bleiben. Die EU darf mit ihrem Wettbewerbsrecht die Städte und Gemeinden Europas nicht dazu zwingen, öffentliche Aufträge zu privatisieren. Öffentliche Aufgaben gehören in öffentliche Hand.



#### Bildung

Studium in Paris – Praxissemester in Barcelona – Ausbildung in Budapest. Das soll kein Traum bleiben, sondern Realität werden. Wir wollen den kulturellen Austausch nicht nur auf den Urlaub beschränken und viel mehr jungen Menschen durch den Ausbau von Erasmus einen langfristigen Aufenthalt im Ausland ermöglichen.

Enrico Hennig

Einfach mal reinklicken:

[www.jusos-bs.de](http://www.jusos-bs.de) **jusos**  **stadt braunschweig**

## Kritik am Status Quo der EU – Ausblick auf ein neues Europa

Ein Kommentar von Stefan Hillger

Europa entstand aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges und sicherte nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts den Menschen



Westeuropas Frieden. Aber die EU, die sich aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EG bildete, ist in erster Linie wirtschaftlich orientiert. Dies zeigt sich beispielsweise an der gemeinsamen Finanzpolitik und dem europäischen Wirtschaftsraum. Außenpolitisch kommen die Staaten der EU auf keinen größeren gemeinsamen Nenner und die sozialen Standards in Europa sind mehr als ausbaufähig. Durch den gemeinsamen Reiseverkehr sowie Austauschprogramme profitieren die Menschen zwar von Europa, obgleich auch dies ausgebaut werden muss.

Dennoch zeigen sich Grenzen der EU, die ihre Zukunft betreffen. Momentan weiß eigentlich niemand, wie Europa weiter entwickelt werden soll. Aber diese Frage ist aufgrund der sozialpolitischen Fragen und der Frage, wie Europa näher an die Menschen gebracht werden soll, zentral.

Hierfür bieten sich zwei Alternativen an, über die in nächster Zeit diskutiert werden muss. Eine Möglichkeit besteht in der Gründung einer europäischen Konföderation aus souveränen Nationalstaaten, die Kompetenzen an den Staatenbund abtreten.

Die Alternative bestünde darin, ein Europa der unterschiedlichen Regionen zu gründen, wodurch die bestehenden Nationalstaaten ersetzt werden. Beide Möglichkeiten bieten Vor- und Nachteile. Fest steht aber auch, dass die EU weiter entwickelt werden muss. Hierbei sind neben der Frage nach ihrer Finalität auch die Schaffung sozialer Standards und die Wirtschaftssteuerung gefragt. Europa steht auf dem Scheideweg und es gilt, Europa in den nächsten Jahren weiter zu gestalten.

## Kein Mensch ist illegal! Für eine humane Flüchtlingspolitik

Jeden Tag müssen tausende Menschen ihre Heimatländer und Familien verlassen und viele von ihnen kommen auf der Flucht ums Leben. Ein Beispiel dafür sind die 500 Flüchtlinge, die im letzten Jahr vor Lampedusa ums Leben kamen, da ihr völlig überladenes Boot im Meer versank. Für einige Zeit war das Thema Flüchtlings- und Asylpolitik wieder in den Medien, es wurde diskutiert und im Endeffekt hat sich seither nichts geändert, dabei ist es ein politisches Thema, bei dem sich einiges ändern muss.

Viele der Menschen, die in die EU wollen, kommen mit der Grenzschutzagentur Frontex in Berührung und es wird ihnen häufig die Möglichkeit genommen, überhaupt einzureisen. Wenn es die Flüchtlinge doch in ihre Zielländer schaffen, ist der Stress noch lange nicht vorbei. Es folgt eine Reihe an Bürokratie, das Zusammenleben auf engstem Raum in Aufnahme-lagern und vor allen Dingen die Angst, wieder zurück zu müssen. Die Flüchtlinge müssen sich mit so vielen Behörden auseinander setzen und werden häufig mit Sprüchen wie „Erlernen sie unsere Sprache und kommen Sie dann wieder“ abgewimmelt.

All diese Dinge sorgen für eine Flüchtlings- und Asylpolitik, die einschüchternd und in letzter Konsequenz menschenunwürdig ist. Wir Jusos fordern ein Bleiberecht für jeden Asylsuchenden und jede Asylsuchende, denn jeder Mensch sollte ein Grundrecht auf Asyl haben. Des Weiteren fordern wir die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex und die Teilhabe von Flüchtlingen und Asylsuchenden an unserer Gesellschaft. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen finanziell abgesichert sind und an Bildungsangeboten, wie beispielsweise Sprachkursen aktiv teilnehmen können. Dafür muss die Residenzpflicht abgeschafft und das Asylbewerberleistungsgesetz geöffnet werden.

Wir Jusos setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein, in der alle Menschen frei, gleich und solidarisch miteinander leben können – unabhängig von Herkunft, Religion oder Geschlecht. Kein Mensch ist illegal!

Franziska Kabbe



## Europa droht ein Rechtsruck

Bei der kommenden Europawahl im Mai können sich rechte Parteien in vielen EU-Ländern aussichtsreiche Hoffnungen auf einen Einzug ins EU-Parlament machen. Der EU droht damit ein weiterer Rechtsruck, den es zu verhindern gilt. Statt einer Rückbesinnung auf Nationalstaatlichkeit gilt es für uns, die Chancen zur Überwindung von nationalen Grenzen mit damit verbundener kultureller Bereicherung aufzuzeigen.

Ihre Namen lauten FPÖ, Partei für Freiheit, Goldene Morgenröte oder Front National. Rechte Parteien setzen in vielen EU-Staaten auf den Frust der Krisenpolitik aus Brüssel. Leider zunehmend mit Erfolg. Denn sie machen es geschickt: Während sich bekannte und populäre Personen aus vielen dieser Parteien von rechtsradikalen Gedankengut distanzieren, werden sie für eine Großzahl der jeweiligen Bevölkerung wählbar. An ihrer programmatischen Ausrichtung ändert sich dabei jedoch nichts. Rassistische, ausländerfeindliche und anti-

semitische Äußerungen finden offen oder unterschwellig noch immer statt oder werden von Personen aus der zweiten oder dritten Reihe der Parteien stark hervorgebracht.

Doch nicht nur in unseren Nachbarländern besteht die Gefahr, dass sich rechte Parteien einen oder mehrere Sitze im EU-Parlament sichern. Durch den Wegfall der 5%- bzw. 3%-Hürde für die EU-Wahl könnte die NPD als offen rassistische Partei erstmals den Sprung schaffen. Bei der letzten Bundestagswahl erreichte sie 1,3% der Wählerstimmen. Dieses Ergebnis würde für die Nachfolgepartei der NSDAP reichen. Auch die AfD als Partei, die u.a. Deutschland in der EU mehr Macht verschaffen möchte, kann schon fast sicher von einem Einzug ausgehen.

Nur durch eine hohe Wahlbeteiligung lässt sich ein Erstarken von rechten und rechtspopulistischen Parteien verhindern. Deshalb rufen wir zur aktiven Wahl am 25. Mai auf.

Enrico Hennig

# „Was habe ich eigentlich von Europa?“

Für viele Menschen ist „Europa“ ein eher abstrakter Begriff – die Europäische Union und ihre Institutionen scheinen mit der eigenen Lebenswelt wenig zu tun zu haben. Da scheint für manche die Frage „Was habe ich eigentlich von Europa?“ nur zu berechtigt.

Das mag vielleicht auch daran liegen, dass viele Errungenschaften des vereinten Europas, die uns das Leben erleichtern, so selbstverständlich geworden sind, als hätte es sie schon immer gegeben. Wer heute beispielsweise nach Frankreich, Spanien oder Italien reist, für den sind lange Schlangen an den Grenzübergängen und langwierige Pass- und Gepäckkontrollen kaum noch vorstellbar. Die Grundlage hierzu wurde durch das erste Schengener Abkommen geschaffen, in dem sich die Benelux-Staaten, Frankreich und Deutschland 1985 zum schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen verpflichteten. Inzwischen zählen zum sogenannten „Schengen-Raum“ die meisten EU-Staaten und auch Nicht-EU-Mitglieder. Doch nicht nur auf Urlaubsreisen ist der



Übergang von einem europäischen Staat zum anderen bloß noch durch ein blaues Schild am Straßenrand erkennbar. Wer sich für ein Studium in Österreich oder einen Job in England entscheidet, braucht sich die Frage nicht stellen, ob man dort einfach so hinziehen darf. Die persönliche Freizügigkeit, also das Recht aller EU-Bürgerinnen selbst zu entscheiden, wo sie wohnen und arbeiten möchten, ist ein Grundprinzip der Europäischen Union. Doch nicht nur die rechtlichen Hürden für Auslandsaufenthalte wurden in Europa abgebaut. Auch die finanziellen und or-

ganisatorischen Hürden eines Studienaufenthalts oder eines Praktikums im europäischen Ausland sind heute weit weniger problematisch als früher. Die EU-Programme für lebenslanges Lernen wie Erasmus, Leonardo und Grundtvig ermöglichen somit einen regen Bildungsaustausch über Ländergrenzen hinweg. Neben der Freizügigkeit sorgt auch der freie Warenverkehr in der EU für

praktische Erleichterungen im Alltag. Ob die im Online-Versandhandel bestellte Ware aus Deutschland oder Irland kommt, spielt durch den gemeinsamen EU-Binnenmarkt keine Rolle.

Auch wenn manches an den europäischen Institutionen abstrakt erscheinen mag. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in Europa schaffen will, von denen jeder im Alltag profitiert, braucht europäische Institutionen, die ganz bewusst über Ländergrenzen hinwegschauen.

Ismail Ünüverdan



## Gerecht weiterdenken: dafür stehen wir!

### Bildung für alle!

Bildung muss allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen ab der Geburt zu ermöglichen. Lebenslanges Lernen ist ein wichtiger Grundstein der persönlichen Emanzipation.

### Gleichstellung jetzt!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Ungleichbehandlung und Unterdrückung gehören abgeschafft.

### Gute Arbeit

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Deshalb fordern wir u.a. einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Verbot von Leiharbeit und stärkere betriebliche Mitbestimmungsrechte.

### Umwelt, Energie und Mobilität

Umweltpolitik ist für uns nicht nur eine ökologische und ökonomische Herausforderung, sondern auch eine soziale. Energie und Mobilität müssen auch in Zukunft allen Menschen nachhaltig zur Verfügung stehen.

### Kampf gegen Rechts

Wir stellen uns gegen jede Art von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit! Wir kämpfen entschieden gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

### Internationale Solidarität

Für uns als internationalistischer Jugendverband ist internationale Solidarität eine Verpflichtung, die sich Tag für Tag in unserer Arbeit wiederfindet.

Hast du Interesse, bei uns mitzumachen oder Informationen von uns zu erhalten?

Name: \_\_\_\_\_

Alter: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Ja, ich möchte Juso-Mitglied werden.

Ja, ich habe Interesse an Juso-Informationen per Post.

Ja, ich möchte den Juso-Email-Newsletter erhalten.

Bei Interesse Abschnitt abgeben bei: Jusos in der SPD, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig oder E-Mail an: [info@jusos-bs.de](mailto:info@jusos-bs.de)

# Wie entsteht in der EU ein Gesetz?

Das Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union teilt sich im Grunde in drei große Abschnitte: Den Vorschlag der Kommission, die Absprache mit dem Parlament und die Entscheidung des Rates. Damit unterscheidet es sich von den meisten nationalen Gesetzgebungsverfahren, wo das Parlament – häufig unterteilt in zwei Kammern – alleine für die Rechtsetzung zuständig ist.

Die Kommission setzt sich aus Gesandten der Mitgliedsländer zusammen und übernimmt in der EU hauptsächlich Regie-

tigt in die Entscheidung mit einbezogen spricht man vom „Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“. Hierbei kann das Parlament Änderungsvorschläge machen und sogar das ganze Gesetz verhindern. Dieses Verfahren ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden und heute bei fast allen Gesetzen anzuwenden.

Damit ist auch den Europawahlen, wie der am 25. Mai, mehr Bedeutung zugekommen, da durch die Wahlen die Abgeordneten des Parlamentes festgelegt werden. Letztendlich wird das Gesetz dem Rat der EU übergeben, der ebenfalls zustimmen, ablehnen oder Änderungsvorschläge machen kann. Der Rat setzt sich aus Vertretern der Regierungen der einzelnen Länder zusammen. Stimmt er dem Gesetz zu, so ist es beschlossen, ansonsten müssen weitere Absprachen zwischen den einzelnen Organen stattfinden.

Anzumerken ist noch, dass zwar die Kommission das alleinige Vorschlagsrecht hat, das Parlament oder eine Europäische Bürgerinitiative sie aber dazu auffordern können, sich mit bestimmten Themen zu befassen.

Thomas Elsner



Quelle: SPD Osnabrück

regungsaufgaben, hat aber auch das alleinige Initiativrecht für Gesetze. Das bedeutet, dass die Kommission einen Vorschlag macht, der dann vom Parlament geprüft wird. Wird das Parlament gleichberech-

## Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

### „Gerecht weiter denken“

Die inhaltliche Positionierung steht dabei im Vordergrund. Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt.

Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeuge Dich selbst und komm zu einem unserer regelmäßigen Treffen: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im Falkenzentrum SUB (Kuhstraße 28 im schönen Magniviertel). Noch Fragen? Meldet Euch bei Enrico Hennig (info@jusos-bs.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter:

[www.jusos-bs.de](http://www.jusos-bs.de)

#### IMPRESSUM

Herausgeber:

Juso-Unterbezirk Braunschweig

[www.jusos-bs.de](http://www.jusos-bs.de)

Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Kontakt: 0531-4809821

V.i.S.d.P.: Enrico Hennig

Redaktion: Enrico Hennig, Franziska Kabbe

Druck: BS Print DigitalRepro GmbH

Auflage: 3.500 Exemplare

## 250.000 überzeugte Braunschweigerinnen und Braunschweiger – das wäre das beste Stadtmarketing

Am 25. Mai tritt der amtierende 1. Stadtrat der Stadt Braunschweig, Ulrich Markurth, gegen vier politische Mitbewerber um das Amt des Braunschweiger Oberbürgermeisters an.

Nach 13 Jahren unter Gert Hoffmann ist es für Markurth an der Zeit bisher vernachlässigte Themen endlich stärker in den Fokus zu stellen und anzupacken. Besonderes Augenmerk legt er hierbei auf das konkrete Voranbringen der Regionsentwicklung: „Es geht mir darum gleiche Lebenschancen in der Region Braunschweig herzustellen. Fusionsdebatten wie wir sie aktuell erleben, sind sehr abstrakt. Letztendlich gelingen Zusammenschlüsse mit Nachbarkommunen aber nur, wenn wir die Menschen vor Ort überzeugen können.“, so Markurth.



Quelle: [www.ulrich-markurth.de](http://www.ulrich-markurth.de)

Als Dezernent für Soziales und Schulen nimmt eine ganzheitliche Bildungspolitik ebenfalls eine zentrale Rolle in Markurths politischen Zielsetzungen ein: „Bildung ist vorsorgende Sozialpolitik, Voraussetzung für gelingende Integration und letztlich entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Lebensstandortes Braunschweig.“

Der Ausbau des ÖPNV, eine offene Willkommenskultur, bezahlbarer Wohnraum sowie eine ausgewogene Sozial- und Wirtschaftspolitik sind weitere Punkte, die es für Markurth zu berücksichtigen gilt, um Braunschweig als lebendige und moderne Großstadt für die Zukunft fit zu machen.